

Volksstimme

zugleich Volksstimme für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielsko, Republikanska Nr. 4.
Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierteljährig vom 16. bis 31. 3. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29), Postfachkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprechanhänge: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Pilsjudski wieder in Warschau

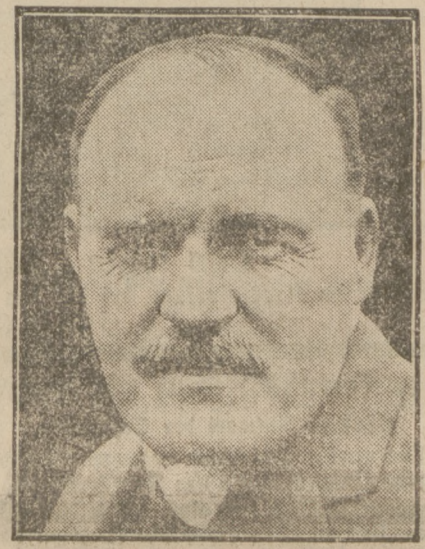
Feierlicher Empfang des Marschalls in Gdingen — Ministerpräsident Slawek begrüßt Pilsjudski — Mitternachts in Warschau eingetroffen — Der Ministerrat voll versammelt — Vor wichtigen Entscheidungen?

Warschau. Der Marschall ist Sonntag Mitternacht von Gdingen kommen, in Warschau eingetroffen. Damit haben alle geheimnisvollen Berichte über die Reise des Marschalls auf dem „Wicher“ ein Ende gefunden. Es bestätigt sich, daß die Anwesenheit des Marschalls in Polen dringend sei und daß in den nächsten Wochen wichtige Entscheidungen hinsichtlich der Regierungsumbildung fallen werden. Mit Rücksicht auf die schwierige Notlage des Landes, hat der Marschall die geplanten Besuche in Paris, London und Rom aufgegeben, wird sie aber wahrscheinlich anlässlich der Völkerversammlung in Genf nachholen, an der er persönlich in Begleitung des Obersten Bed teilnehmen will.

Der Marschall kam von Cherbourg in Gdingen gegen 9 Uhr morgens an, wo er von den Behörden, an der Spitze Ministerpräsident Slawek, begrüßt wurde, zahlreiches Militär besetzte bei der Ankunft Pilsjudski. Der Marschall hielt sich nur bis gegen Mittag in Gdingen auf und begab sich sofort nach Warschau, wo er um Mitternacht eingetroffen ist. Hier wurde er von den übrigen Regierungsmitgliedern empfangen, es wurden ihm auch Ovationen bereitet. Wie es in politischen Kreisen heißt, fühlt sich der Marschall sehr wohl und wird unmittelbar die Regierungsgeschäfte aufnehmen. Die Mannschaft des „Wicher“ ist vollständig dekoriert worden, die Fahrt von Gdingen bis Warschau ist normal verlaufen, die Regierungspresse will wissen, daß der Empfang im französischen Hafen Cherbourg sehr freundschaftlich war.

Rücktritt der paraguayischen Regierung

Paris. Aus Muncion meldet Havas, daß die Regierung von Paraguay zurückgetreten und ein neues Ministerium bereits gebildet worden ist. Ueber die Gründe des Regierungswechsels sowie über die Mitglieder der neuen Regierung, sind Einzelheiten bisher noch nicht bekannt, nur wird, wie es heißt, Casal Ribberro das Außenministerium übernehmen.



Neusüdwales verweigert Zinszahlung an England

Der sozialistische Ministerpräsident des australischen Bundesstaates Neusüdwales, Lang (Sozialist) hat in London mitgeteilt, daß der Staat Neusüdwales die am 1. April fällige Zinszahlung nicht leisten wird. Dieser Entschluß ist um so erstaunlicher, als die gleichzeitig fälligen Zinsen für Anleihen in Amerika bezahlt werden. — Ministerpräsident Lang hat seit Wochen bei der australischen Bundesregierung die Forderung erhoben, den Staatsbankrott zu erklären und den Zins- und Tilgungsdienst einzustellen.

Schreckschüsse — Alarmrufe!

Die politische Presse sieht neue Gefahren aufsteigen. Auf der ganzen Linie wird Polen vom deutschen Nachbarn bedroht. Ein Pariser Blatt bringt eine sensationelle Nachricht, daß Deutschland demnächst Polen ein Angebot unterbreiten soll, in welchem nichts mehr und nicht weniger gefordert wird, als die Rückgabe Pommerehrens, und dafür will Deutschland — versteht sich — bescheidene Rekompensationen bieten. Die Nachricht kommt, wie nicht anders zu erwarten, aus Kowno, von dort hat es das Pariser Blatt erhalten, und von Paris kam es prompt in die Warschauer Presse, in ein Oppositionsorgan, welches zum größten Teil von Sensationen lebt, die es mit deutschem Haß kräftig durchwürt. Eine neue Teilung Polens wird geplant und dazu schweigt die Regierung? Man kann sich leicht denken, wozu diese sensationelle Nachricht in den nächsten Tagen ausgenutzt wird, zu deutschfeindlicher Hege großen Stils, die der nationaldemokratischen Presse mißlungen ist, als man glaubte, die Ratifikation des deutsch-polnischen Handelsvertrages durch Sejm und Senat dazu weidlich ausnützen zu können. Die Regierung blieb hier Herr der Lage, die polnische Öffentlichkeit beginnt, sich große Hoffnungen zu machen vom deutsch-polnischen Wirtschaftsaufschwung, die unseres Erachtens im Augenblick unberechtigt ist, aber man hat sich mit dieser Ratifikation abgefunden. Die Deutschhege der Nationaldemokraten, und auch zum Teil der Christlichen Demokraten, ist gekheitert. Man hat eine neue Sensation entdeckt und läßt sich diese zu besonderem Zweck aus Kowno über Paris verschreiben. In den nächsten Tagen wird es sich durch eine Erklärung deutscherseits herausstellen, daß diese Nachricht Schwindel ist, aber inzwischen hat der Deutschhaß wenigstens einige Giftbazillen in den polnischen Nationalismus mehr eingefloßt und der Zweck ist erreicht, heiligt, wenn es gegen Deutschland geht, die Mittel.

In Polen hat man die Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich zunächst am ruhigsten hingenommen. Jaleski hat beruhigend eingewirkt, und man scheint sich in die abwartende Position gestellt zu haben. Nun kommt die Nachricht, daß Oberst Bed unter dem Einfluß der Proteste der österreichischen Gesandten in Warschau interpelliert hat und Auskunft forderte, wie sich diese Zollunion zwischen Warschau und Wien auswirken wird, denn inzwischen kommen Alarmrufe, daß die Zollunion nichts anderes, als ein Schlag gegen Polen ist, dessen Wirtschaft man besonders in Oberschlesien lahmlegen will, um dann deutschen Revisionswünschen auf Oberschlesien Rechnung tragen zu können, sagen zu dürfen, daß die Teilung ein Unglück war. So weiß es auch die Sonntags-„Polonia“ zu melden, und man muß gestehen, daß die Folgerungen nicht ganz unlogisch aufgebaut sind. Man greift auf die deutschen Abstimmungsfeiern mit ihren nationalistischen und revisionistischen Tendenzen zurück und zeigt, daß hier der Keim auch in der Zollunion zu suchen ist. Wenn wir auch nicht glauben, daß die Intervention des Obersten Bed beim österreichischen Gesandten damit in Verbindung zu bringen ist, so ist es doch bezeichnend für den Geist, der die polnische Bevölkerung bewegt, die sich von jedem Fortschritt der deutschen Standardisierung bedroht fühlt.

Zur österreichisch-deutschen Zollunion weiß man jetzt folgendes zu berichten: Das „Berliner Tageblatt“ hätte eine Nachricht verbreitet, wonach die Kohlenzufuhr nach Oesterreich verboten wird, mit Ausnahme von Deutschland, dieses Verbot sei aber noch nicht bald zu erwarten. Die polnische Presse dekretiert, wir haben den österreichischen Kohlenmarkt befriedigt und sind auch sonst gute Lieferanten, in Richtung Wien. Dadurch, daß wir nach Wien Absatz haben, sind wir in den nordischen Ländern konkurrenzfähig gegen England. Sperre man uns Oesterreich, so unterliegen wir auch der Konkurrenz Englands im Norden und nun werden wir es mit einer ungeheuren Arbeitslosigkeit in Oberschlesien zu tun haben, unsere Wirtschaft wird niedergehen, Deutschland aber wird Oesterreichs Kohlenlieferant, sein Aufschwung, wirtschaftlich, ist ungeheuerlich und diese Kraft wird für die Revision der Grenzen ausgenutzt. Daß es so kam, daran ist die Sanacjaregierung schuld, sagen die Nationalisten und darum war es auch falsch, die Deutschen in Polen selbst durch die Annahme des Liquidationsabkommens zu stärken und völlig verfehlt war es, den Handelsvertrag zu ratifizieren, denn dadurch hat man nur die eigene Schwäche zugegeben und will, mittels der deutschen Kon-

Vormarsch der österreichischen Sozialdemokratie

Die Gemeindevahlen im Lande Salzburg — Die Hitlerleute gewinnen 64 Mandate auf Kosten der Bürgerlichen

Salzburg. Die Gemeindevahlen im Lande Salzburg, die Sonntag nach einem ziemlich heftigen Wahlkampf in den stürker umstrittenen Orten abgehalten wurden, haben bei vielen Gemeinden größere Veränderungen in der parteimäßigen Zusammensetzung ihrer Vertretungen gebracht. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen aus dem ganzen Lande haben die Sozialdemokraten 33 Mandate gewonnen und 23 verloren, die Hitlerbewegung hat insgesamt

64 Mandate zu verzeichnen, deren Stimmen ausschließlich bürgerlichen Parteien verloren gingen.

In der Stadt Salzburg verloren die Sozialdemokraten ein Mandat, die Großdeutschen drei Mandate, die Nationalsozialisten der Schulgruppe zwei Mandate und der Wirtschaftliche Ständebund ein Mandat. Dagegen haben die Nationalsozialisten (Hitlergruppe) vier und der Beamten- und Heimatsklub ein Mandat gewonnen. Die Wahlbeteiligung betrug 75 Prozent.

Deutsches Angebot an Polen?

Pommerehllen soll an Deutschland zurück — Sensationelle Enthüllungen in Paris — Eine Osterente in Warschau

Paris. „Paris Midi“ läßt sich Sonnabend aus angeblich „ganz sicherer Quelle“ aus Kowno melden, daß die deutsche Regierung noch vor der Abrijungskonferenz die Frage einer Revision der Ostgrenzen beabsichtigt.

Polen würde Deutschland das Korridorgebiet bis an die Neße mit Einschluß des Nehetals zurückgeben. Deutschland würde sich verpflichten, die von Polen in diesem Gebiet erworbenen Rechte nicht anzutasten und wäre bereit, den freien Zugang Polens zum Meer in Danzig unter Garantie der Großmächte auf dem Wege eines internationalen Vertrags zu sichern. Das Korridorgebiet würde entmilitarisiert werden und Deutschland würde sich verpflichten, keine Garnisonen im Korridor zu unterhalten. Deutschland wolle Polen alle Ausgaben für den Gdingener Hafen zurückerstatten und alle von Polen der Firma Schneider-Creuzot gegenüber für den Bau der Eisenbahn Kattowitz-Gdingen eingegangenen Verpflichtungen übernehmen. Fern-

ner würde sich Deutschland mit den andern Mächten zusammen bemühen, eine Einigung zwischen Litauen und Polen in der Weise herbeizuführen, daß das Memelgebiet unter gemeinsamer polnisch-litauischer Hoheit stehen würde und der Memeler Hafen ein polnisch-litauischer Hafen werde. In Berlin versichere man zwar, daß Litauen bereit wäre, Polen eine Freihafenzone im Libauer Hafen konzubieren.

Seit die angebliche Information des „Paris Midi“. Das Blatt knüpft daran die Befürchtung, daß auf den „Wiener Schlag“ ein „Warschauer Schlag“ folgen könnte. Die ganze Veröffentlichung wird zwar in den Wandelgängen der Kammer eifrig besprochen, aber immerhin mit berechtigter Vorsicht behandelt, da man sie als Sensationsmache ansieht.

Kampf der Reaktion!

Vorboten des sozialdemokratischen Parteitag — Abwehr vom Regierungskurs — Abrechnung mit der Opposition — Erzwingung der Reichstagsberufung — Sanierung der Sozialversicherung

kurrenz, die polnische Industrie vernichten. So, sagt die nationalitische Presse, arbeitet der Sanacjatur zur Steigerung deutscher Machtgefühle. Nun, das Echo ist Deutschland gegenüber jeder Regierung, die die deutsch-polnische Verständigung will, und gegen uns Sozialisten insbesondere, ist auch nicht anders. Hier liefern sich die Nationalisten die Waffen gegen den „Erbfeind“ gegenseitig und um Verleumdungen mehr oder weniger, ist man in diesen Lagern, nie verlegen!

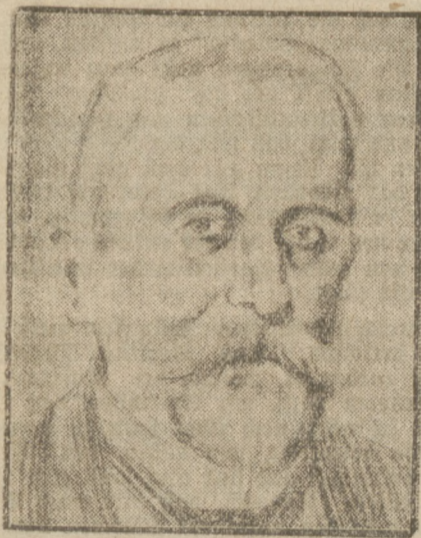
Zweifellos darf nicht verkannt werden, daß die Argumentation der polnischen Presse im Augenblick nicht von der Hand zu weisen ist. Die Revisionstendenzen bestehen, die Hege blüht in der Reichspresse gegen Warschau, wie noch nie und die Regierung in Berlin findet nicht den Mut, um hier ihren Züchtlungen einen Dämpfer aufzusetzen. Der deutsch-polnische Handelsvertrag ist zur Behandlung auf den Herbst vom Reichstag verschoben, jetzt kam die Zollunion, ohne daß sie diplomatisch genügend vorbereitet war, die Proteste gegen Deutschland regnen selbst von der englischen Arbeiterregierung, im Paneuropaausschuß ist man überrascht, der Völkerbund will sich aus der Schlinge ziehen und sagt, nur Politik, nicht Wirtschaft liegt unserer Untersuchung ob. Wer kann es da nicht verstehen, daß man in Warschau unter diesen Eindrücken etwas nervös wird. Denn, wie gesagt, die Argumentation der nationalitischen Presse ist nicht von der Hand zu weisen und die Regierung selbst muß sich in diesen Fragen eine kühle Reserve anfertigen, wenn die nationaldemokratischen Tendenzen nicht die breiten Massen mit dem Deutschenhaß überfluten sollen. Wenn also hier eine kühle Reserve zur Schau getragen wird, so sind innerpolitische Motive maßgebend. Man wird hierbei nicht behaupten können, daß man in Berlin sonderlich geneigt ist, den Polenhaß abzublenden, der nun einmal da ist, und der innerpolitische Kurs in Polen, der gegen die Demokratie gerichtet ist, kann andererseits keine Freunde im Reich für das Pilsudskistystem werben, die Abwehr gegen die Polengehässigkeit in der deutschen Linkspresse kommt kaum zum Ausdruck. Die deutsche Minderheitenpolitik, gegenüber ihren Volksgenossen, wird hier nie auf Anerkennung stoßen, denn, wie man sagt, so ist es schlecht, hier kann allein die Zeit Zeugnis für den guten Willen Preußens insbesondere ablegen und darauf wartet auch die deutsche Minderheit in Polen.

Aber die Schreckschüsse und Marmruße sind nun einmal da. Die Welle des Hasses wird in den kommenden Tagen hell aufsteigen. Denn eines ist sicher, das mögen sich alle Revisionspolitiker gelagt sein lassen, daß es in dieser Frage Grenzberichtigung in irgend einer Form für Polen nicht gibt. Und wenn man in Polen nie eine Einheitsfront erzeugen wird, in diesem Falle werden sich naturgemäß und mit Recht alle zusammensinden, in der Abwehr gegen irgendwelche Bestrebungen, die nach Revision riechen. Wenn man friedliche Revisionen plant, wie's die deutsche Presse behauptet, dann ist aber dieses laute Echo im Reich wenig angebracht. Friedlich kann man sich nur in und mit Polen verständigen, gleichviel über welche Ziele, wenn man jenen Geist der Verständigung schafft, der solche planvollen Tendenzen verwirklichtbar erscheinen läßt und die heutige Atmosphäre ist dazu nicht angetan. Alle diese Schreckschüsse und Marmruße, die man durch die deutsche Sensation hervorruft, verewigen in Wirklichkeit den Haß gegen Deutschland und schaffen eine Stimmung, deren Ausklang nichts anderes sein kann, als die Festigung des Glaubens, hier kann nur das Schwert das letzte Wort sprechen: also Krieg!

Wir Sozialisten müssen auch, trotz der Zensur, den Mut haben, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Wir lehnen jede Revisionspolitik ab, die nicht getragen ist vom Willen beider Völker, die die Opfer bringen. Darum müssen wir gestehen, daß der deutsche Nationalismus der Kriegstreiber in Europa ist. Die Welt wird nicht mit Kriegszusten genesen, sondern durch Verständigung der Völker und darum müssen wir auch fordern, daß erst einmal auch in Berlin der gute Wille zur deutsch-polnischen Verständigung gezeigt wird, bevor man ein Echo in Warschau dafür fordert. Wir vergessen die früheren polnischen Verfehlungen keinen Augenblick, aber vor uns steht die Gegenwart und sie zu bereinigen, ist Aufgabe von Berlin, mit dem guten Willen zur Verständigung mit Warschau, so sehr dies auch dem Kraftgefühl des Nationalismus unangenehm sein mag. — U.

Vorverlegung der Konferenz der Kleinen Entente

Paris. Der Korrespondent des „Petit Parisien“ in Belgrad berichtet seinem Blatt, daß die für Mai im Herkulesbad in Rumänien geplante Besprechung der Außenminister der Kleinen Entente, die sich mit den deutsch-österreichischen Zollvereinbarungen beschäftigen wird, auf Anfang April vorverlegt worden sei.



Geheimrat Zuckerswerdt †

Der Geheime Kommerzienrat Dr. h. c. Wilhelm Zuckerswerdt, Magdeburg, einer der führenden Wirtschaftler Mitteldeutschlands, ist am 26. März im Alter von 78 Jahren gestorben. Besonders verdient gemacht hat sich Geheimrat Zuckerswerdt um die Förderung der Zuckerindustrie und des Baues des Mittellandkanals. Der Verstorbene war lange Jahre Mitglied des Preussischen Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses und 26 Jahre lang Vorsitzender der Magdeburger Industrie- und Handelskammer, die ihn erst vor wenigen Wochen zum Ehrenpräsidenten ernannt hat.



Das letzte „Fahr' wohl“ für Hermann Müller

Die Trauerfeier im Krematorium, bei der des verstorbenen Reichskanzlers Freund und Parteigenosse Dr. Breitscheid (Mitte) die letzten Geleitworte sprach.

Block der französischen Linksparteien?

Günstige Antwort der Sozialisten.

Paris. Die an die Sozialisten ergangene Aufforderung, sich an der Bildung eines Blocks der Linksparteien in der Kammer zu beteiligen, ist mit einem Brief an Herriot beantwortet worden, in dem die sozialistische Fraktion vor einer endgültigen Stellungnahme nähere Angaben über die Umstände und Bedingungen, unter denen diese gemeinsame Aktion der Linksparteien beabsichtigt ist, wünscht. In dem Brief wird darauf hingewiesen, daß es sich um keine permanente Einrichtung handelt, die die der Unabhängigkeit der einzelnen Fraktionen Abbruch tun würde.

Die Antwort der Sozialisten ist in einer gemeinsamen Versammlung der übrigen Linksparteien verlesen worden. Sie wird allgemein für die Fortführung der Verhandlungen mit den Sozialisten als günstig bezeichnet.

Rücktritt Herriots als Bürgermeister von Lyon

Paris. Bei der in Lyon vorgenommenen Wahl der Delegierten des Stadtrates, die mit anderen Delegierten des Generalrates die Nachwahl für den Senator des dritten Bezirks, der gestorben ist, vorzunehmen hatte, ist der seit Monaten latente Konflikt zwischen den 24 sozialistischen und den 23 radikalen Stadtratsmitgliedern offen zum Ausdruck gekommen. Die sozialistischen Stadtratsmitglieder haben eine aus Sozialisten bestehende Liste vorgeschlagen, die Radikalen eine Liste von 11 Kandidaten, wodurch das Stärkeverhältnis der Parteien gewahrt worden ist. Die rechtsstehenden Stadtratsmitglieder, sieben an der Zahl, stimmten für eine eigene Liste. Im ersten Wahlgang erhielt die sozialistische Liste die 24 sozialistischen Stimmen, während zur absoluten Mehrheit 26 Stimmen notwendig sind. Im zweiten Wahlgang wurde die sozialistische Liste gewählt. Daraufhin ist der Abgeordnete Herriot als Bürgermeister von Lyon zurückgetreten. Herriot hatte das Bürgermeistertum in Lyon bisher auf Grund einer Verständigung zwischen den radikalen und den sozialistischen Stadtratsmitgliedern inne gehabt.

Der ehem. Abg. Zarsti freigesprochen

Wod. Vor einigen Monaten wurde der damalige kommunistische Abg. Zarsti in Wod. verhaftet und bekanntlich zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er angeblich während einer Arbeitlosen demonstration auf die Polizei geschossen haben soll. Gestern kam vor dem Appellationsgericht die Berufung Angekl. Zarstis zur Verhandlung. Dabei kam das Appellationsgericht zu einem sensationellen Urteil. Zarsti wurde nämlich für unschuldig erklärt und freigesprochen.

Ein kommunistischer Kurier verhaftet

Warschau. Am 22. März d. Js. wurde in Warschau der Inlassent der Firma Spiek und Co. in Warschau, Czeslaw Redalski, wohnhaft in Warschau in der Wielkastraße Nr. 28 verhaftet. Bei Redalski wurde eine Untersuchung vorgenommen, die verschiedenes Material zutage förderte, aus dem hervorging, daß Redalski die Rolle eines kommunistischen Kuriers zwischen Danzig und Warschau spielte. Redalski reiste mit Berichten und Instruktionen der Moskauer Komintern (Kommunistische Internationale) für die polnischen Kommunisten. Bei ihm wurden u. a. einige Nummern des „Kown Przeglynd“, eines Blattes der polnischen Kommunisten, das im Auslande erscheint, und eine Reihe von Dokumenten gefunden, die

der Fraktionsmehrheit erklären bereits, sie würden unter keinen Umständen zulassen, daß die Vertagung des Reichstages von der Regierung ausgenutzt wird, um selbstständig die ihr geeignet erscheinenden Eingriffe, vor allem in die Sozialversicherung, vorzunehmen. Die Sozialdemokratie hätte ja auch die Macht gegen etwaige Notverordnungen dieser Art sofort die Einberufung des Reichstages zu erzwingen. Der Parteitag wird sich weiter mit der Wirtschaftskrise, mit dem Faschismus und mit der Jugendbewegung beschäftigen. Der Reichstagsabgeordnete Fritz Larnow spricht über „Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse“, Abgeordneter Rudolf Breitscheid über „Die Ueberwindung des Faschismus“ und Erich Ollenauer über „Partei und Jugend“. Die Verhandlungen werden eine ganze Woche in Anspruch nehmen.

über die Pläne der Kommunisten für die allernächste Zukunft Auskunft erteilen. Redalski wurde nach Warschau gebracht und dem Untersuchungsrichter für außerordentliche Angelegenheiten Kwitkowski übergeben.

Verbot längerer Arbeitszeit in England

London. Die Regierung hat für den 1. April jede über den 7½-Stundentag hinausgehende Arbeitszeit in den Gruben für ungesetzlich erklärt. Das gilt auch dort, wo eine Mehrarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbart worden ist.

Der französische Bergarbeiterstreik vermieden

Paris. Der außerordentliche Bergarbeiterkongreß der Departements Nord und Pas de Calais hat den vom Ministerpräsidenten Laval vorgeschlagenen und von den Arbeitgebern angenommenen Kompromiß im Lohnkonflikt zugestimmt. Der Streik ist in den genannten Departements also beschworen. Die Entscheidung der übrigen Bergwerksbezirke steht noch aus.



Zum Angliß des österreichischen Strafrechts an das deutsche

ist der österreichische Justizminister Dr. Schürff (Mitte) nach Berlin gekommen, wo er bei seiner Ankunft vom österreichischen Gesandten Dr. Frank (mit Zylinder) und dem Stellvertreter des Reichsjustizministers, Staatssekretär Dr. Joel (links), begrüßt wurde.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Geldmangel in den Gemeinden. Die Osterfeiertage stehen vor der Tür. Arbeitslosenmassen warten mit Sehnsucht auf die Ankündigung, daß es zu den Feiertagen eine besondere Beihilfe geben wird.

Kampf zwischen Kabaubender und Polizeibeamten. Auf der ulica Szkoła in Schwientochlowitz kam es zwischen mehreren Personen zu Streitigkeiten.

Bismarckhütte. (Lebensmüde.) Dem irdischen Dasein zu entsagen, versuchte die 21jährige Angela v. Kotsch...

Bismarckhütte. (Aufgeklärter Raubüberfall.) Bei einigen Tagen berichteten wir, daß in einer Straßenbahn in Bismarckhütte der Straßenbahnkonduktor Georg Sowa...

Brzozowitz. (Der Gemeindevorstand erhöht die Wohnungsmiete.) In Brzozowitz, dem schönen Ort an der Brinka...

Friedenschütte. (In einen Teich gesprungen.) In selbsterblicher Wut sprang der Eisenbahner Josef Blaut aus Friedenschütte in einen Grubenteich...

Der Berg des Grauens

Mpen-Roman von Friedrich Lange. Wie der Bliz fuhr Neudeck herum. Mit einem Rud schüttelte er die schmalen Tänzerinnenhände von sich ab.

Sport vom Sonntag

Die Turner Kattowitz - Jugendtrakt Kattowitz 0:1 (0:1).

Dieses Handballtreffen, welches am gestrigen Sonntag auf dem Turngemeindeplatz vor sich ging, brachte sehr interessante Momente.

Am die obereschlesische Fußballmeisterschaft.

1. F. C. Kattowitz - Amatorski Königshütte 4:4 (2:2).

Es mögen wohl 2000 Zuschauer gewesen sein, die diesem Kampf der beiden wohl ältesten Rivalen von Oberschlesien mit großem Interesse verfolgt haben.

Kolejowy Kattowitz - Polizei Kattowitz 1:1 (0:1).

Beide Mannschaften traten zu diesem Spiel mit ihren vollen Mannschaften an.

Orzel Josefstadt - B. S. S. B. Bielitz 4:2 (2:2).

Der Ausgang dieses Treffens bedeutet ohne Zweifel für die obereschlesische Fußballwelt eine große Sensation.

Rawzod Jelenze - O. E. B. Myslowitz 2:0 (2:0).

Das Spiel wurde in einem sehr scharfen Tempo durchgeführt.

K. S. Domb - O. E. Myslowitz 2:2 (2:1).

Die Domb sind nicht mehr das was sie in früheren Zeiten waren.

Rybnik und Umgebung

60-jähriger Invalide tot aufgefunden. Im Rybniker Wäldchen wurde der 60-jährige Gubeninvalide Wincent Mrow...

Orzegow. (Bech eines Spitzhuben.) Auf frischer Tat errietet wurde der Stefan Smiatka...

Orzegow. (Auf frischer Tat erappt.) Zum Schaden der Verwaltung des „Gothardschacht“ in Orzegow...

Diana Kattowitz - 20 Bogutischuh 4:4 (2:1).

Die Dianen lieferten im Vergleich zum vorigen Sonntag ein aufopferndes Spiel.

Koszytn Schoppinik - Rawzod Jelenze 8:0 (1:0).

Rawzod hatte gegen die sich in glänzender Form befindenden Schoppiniker nicht viel zu befehlen und mußte sich die empfindliche Niederlage gefallen lassen.

Sportfreunde Königshütte - Slonk Laurahütte 3:2 (2:1).

Das Spiel stand unter leichter Ueberlegenheit der Königshütter die knapp aber verdient siegten.

Slovian Kattowitz - Silesia Paruschowitz 8:0 (4:0).

Slovian, die sich augenblicklich in einer sehr guten Form befinden, hatten in der Silesia keinen ernsthaften Gegner vor sich.

Wawel Antonienhütte - 27 Orzegow 4:0 (1:0).

Orzegow war für Wawel kein Gegner.

Sparta Bielitz - Stadion Königshütte 2:1 (1:0).

Die Bielitzer konnten bereits ihr drittes Spiel auf fremdem Platz gewinnen und behielten mit diesem Sieg weiter die Tabellenführung.

D. S. S. Sturm - K. S. Chorzow 4:8 (2:4).

Nach der empfindlichen Niederlage der Bielitzer am vergangenen Sonntag gegen A. S. nahm man allgemein an, daß sich die Bielitzer auf eigenem Platz rehabilitieren werden.

Garni Chorzow - 1. F. C. Tarnowitz 6:1.

Eine empfindliche Niederlage mußten sich die Tarnowitzer von dem Heut in guter Form spielenden Garni hinnehmen.

Haller Bismarckhütte - Drgan Groh-Dombrowska 12:0 (8:0).

Auch Bismarckhütte - 63 Ratibor 8:1.

Sogar auf eigenem Platz mußten sich die Ratiborer eine empfindliche Schlappe von Auch gefallen lassen.

Deutch-Oberschlesien

Ergebnis der Betriebsratswahlen auf der Hohenzollerngrube.

Auf der Hohenzollerngrube fanden vom 26. bis 28. März die Wahlen zum Betriebsrat statt.

Verantwortlicher Redakteur in Vertretung: Theodor Raiwa, Mala Dabrowka; für den Inseratenteil: Franz Kohner, wohnhaft in Katowice.

Diese Aussage unter vier Augen habe ich gewollt vom ersten Tage meines Eintreffens an.

Gegenüber solcher Sprache war Hans Neudeck hilflos.

"Ja doch, es ist wahr - wir hatten einander einmal sehr lieb.

Mas schwarzer, rassistiger Etontopf war plötzlich ganz nahe am Gesicht des Jägers.

"Dein ganzer Ballast an Vorwürfen und Skrupeln ist doch blanker Unsinn, Hans!"

"So, nun kannst du mich schelten, du reiner Tor - du Parfüsal!"

Taumelnd, befangen erhob sich der Jäger schwerfällig, stand einige Sekunden wie verhoffendes Wild.

Und wirklich, weiter oben im Wasde stand ein heller Schatten hinter einer Kruppeleiste, ein Weib, das scharfsichtig herunterlugte.

zwischen sich und Maria zu halten.

"Versucht Berge! Die macht mir Liselotte rebellisch - jowiel ohne ich..."

Und wieder nach einer Weile resigniert: "Wo diese Fiedermans austauscht, da gibt es ein Unglück!"

An den Wiesen, dort, wo die höhere Brücke über die Gamser Ache führte, wartete Mia auf ihren Begleiter.

Neudeck wandte den Kopf, hob den Blick zur Gamser Spitze, zu "seinem Berg".

Der Leitner Franzl, Sohn des Bergbauern, der unten am Fuße der Gamser Spitze kein kleines Besitztum hatte.

An dem Tage war der Franzl noch nicht heimgekommen.

Machte der Teufel wissen, was er so lange droben auf der Alm trieb.

Am Grabe der Zollkonvention

Vor kurzem hat es der Internationale Gewerkschaftsbund (I. G. B.) unternommen, die Presse im allgemeinen und damit auch die Unternehmerkreise und ihre Organe auf seine Veröffentlichung aufmerksam zu machen. Er erhielt bei dieser Gelegenheit auch einen Antwortbrief des Organes der deutschen Zucker-Industriellen. In diesem mit der Unterstützung des Klassegeners abgefaßten Schreiben wird der internationalen Arbeiterbewegung eine kleine Lektion in Wirtschaftspolitik erteilt. Der sehr verbitterte Vertreter der Zuckerindustrie poltert gegen den berüchtigten „Gewerkschaftsgeist“, „mit dem allein die schwierigen Fragen der Wirtschaft nicht zu lösen seien“. Zum Schluß wird folgende Lezung (zum Teil rot unterstrichen) verkündet: „Stellen Sie vielmehr in den Vordergrund aller Ihrer Gedanken, Ausführungen und Ziele: innerhalb des internationalen Verkehrs die freie Wirtschaft! Das heißt: keine Zölle, keine Angestelltenlöhne, keinen Zwang. Dann kann Europa im Laufe eines Jahres gesund und die Arbeitslosen verschwinden von der Straße.“

Da die Löhne der Arbeiter und Angestellten anerkannterweise einen sehr geringen Prozentsatz der Gestehungskosten ausmachen und außerdem die schwer darniederliegende Zuckerindustrie ihre heutzutage für einen Arbeiter nahezu unerschwinglichen Artikel um so besser verkaufen kann, je eher die Arbeiter das Geld zum Konsum erhalten, wollen wir uns in diesem Zusammenhang nicht speziell über die Möglichkeit oder Schädlichkeit der „Angestelltenlöhne“ äußern. Hingegen möchten wir feststellen, ob nicht vielleicht der genannte Züdergewaltige seine Ausführungen zugunsten der Zollfreiheit an die falsche Adresse gerichtet hat.

Der Augenblick ist dazu angetan! Denn wir stehen am Grabe der Konvention über einen Zollwaffenstillstand. Die Besirmer dieses Abkommens haben schon zahlreiche Operationen unternommen, um dieses von allem Beginn an schwache Kind am Leben zu erhalten. Wegen der Opposition der Klassegenossen des Vorsitzers des deutschen Zuckerblattes mußte bei den ersten Verhandlungen auf jeden Gedanken an den Freihandel verzichtet werden und man mußte sich in Genf damit begnügen, womöglich dafür zu sorgen, daß die alle Länder umringenden Zollmauern, die schon nahezu die Sonne der „freien Wirtschaft“ verdunkeln, wenigstens nicht noch höher gebaut werden und ganz Europa in Nacht und Schatten legen. Diese Konvention, deren Vater der in „gewerkschaftlichem Geiste“ erzogene britische Handelsminister ist, ist nach unermesslichen Mühen und Nöten fallen gelassen worden. Es war nicht möglich, eine genügende Anzahl der von den Freunden des Vorsitzers der Zuckerindustriellen beherrschten bürgerlichen Regierungen dahin zu bringen, das bescheidene Resultat dieser einzigen auf Grund der Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz des Jahres 1927 unternommenen Bemühungen zu ratifizieren.

Da der Vorsitzende der im Zusammenhang mit der genannten Konvention abgehaltenen Konferenzen wohlweislich darauf verzichtete, beim Begräbnis der Konvention eine für die beteiligten Regierungen wenig schmeichelhafte „Grabrede“ zu halten, wollen wir wenigstens mit zwei Feststellungen andeuten, welche die Folgen dieses Begräbnisses sein werden. In seinen Ausführungen zugunsten des Abbaues der Zollmauern sagte Englands Vertreter Layton auf der Weltwirtschaftskonferenz des Jahres 1927: „Die gegenwärtige Abhängigkeit der europäischen Nationen ist so groß, daß alle Länder bei der wirtschaftlichen Wiedergeburt oder aber beim Zusammenbruch ihrer wirtschaftlichen Wohlfahrt das gleiche Los treffen wird.“ Der Vorsitzende der Zollwaffenstillstandskonferenzen hat wohl an ähnliche Konsequenzen gedacht, als er auf der vorletzten Konferenz in bezug auf den bereits damals befürchteten Zustand der Zollkonvention der Hoffnung Ausdruck gab, daß die weiteren Verhandlungen doch noch Erfolge zeitigen mögen. „Da man sonst von einem völligen Scheitern des begonnenen Werkes sprechen und sagen müsse, daß damit auch die letzten Länder, die noch irgendwie freihändlerisch orientiert sind, auf den Weg des Hochschutzes gedrängt werden.“

Im Augenblick, wo das protektionistischste Land der Welt, nämlich Australien, infolge seines unerschütterlichen Glaubens an den Hochschutz am Rande des wirtschaftlichen Abgrundes steht und sogar die Zeitschrift „The Age“, die allzeit eine eifrige Befürworterin des Schutzes für Australien war, die Grenzen des Zulässigen als überschrit-

Neuseeland für die 36-Stunden-Woche!

Auch in Neuseeland gibt die Arbeitslosigkeit zu den größten Besorgnissen Anlaß. Regierungsinstanzen, Unternehmer- und Arbeiterorganisationen bringen die verschiedensten Mittel und Methoden in Vorschlag, um das große Uebel zu beseitigen. Die Frage ist um so brennender und wird um so vorurteilsloser behandelt, als es in Neuseeland noch nahezu keine Fürsorgemaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit gibt und man deshalb an kein Mittel des Kampfes traditionell gebunden ist. Es ist deshalb von besonderer Bedeutung, daß sich bei allen Erörterungen die Aufmerksamkeit immer wieder auf die Verkürzung der Arbeitszeit konzentriert. Denn aus amtlichen Feststellungen geht hervor, daß die Maschine in den letzten 8 Jahren von je 100 Arbeitern mindestens 30 brotlos gemacht hat.

Es steht demnach fest, so folgert man in Neuseeland, daß, wenn sich in den genannten 8 Jahren die Produktionsweise nicht verändert hätte, es heute in Neuseeland keine Arbeitslosen gäbe.

ten betrachtet und ausruft, daß eine so konsequente Schutzpolitik schließlich zu einer Art „Banditismus“ führe (für eine Tonne australischen Zuckers, für den man im Ausland 12 Pfund Sterling zahlt, müssen die Australier selber 30 Pfund Sterling zahlen), werden alle noch freihändlerisch orientierten Länder auf den Weg des Schutzes getrieben. Alle internationalen Anstrengungen zugunsten einer vernünftigen Handelspolitik sind gescheitert!

Daß insbesondere die Gewerkschaften alles taten, damit dieser Punkt nicht erreicht wird, wurde vor kurzem von der im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit eingeleiteten Kommission des I. G. B. und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale erneut mit aller Deutlichkeit ausgesprochen. Es ist wichtig, daß gerade in diesem historischen und für die Zukunft Europas vielleicht ausschlaggebenden Augenblick die besagte Resolution zur Rechtfertigung des Standpunktes der Arbeiterschaft und zur Belehrung von falsch unterrichteten und falsch unterrichtenden Unternehmerblättern vom Schlage des Organs der deutschen Zuckerindustrie wiederholt wird.

Der Beschluß erwähnt einleitend die schutzöllnerischen Tendenzen der ersten Nachkriegszeit und besagt dann weiter:

„Die Krise der Weltwirtschaft hat diese protektionistischen Tendenzen noch erheblich verschärft. Die Staaten versuchen es, sowohl die Industriekrise als auch die Agrarkrise mit protektionistischen Methoden zu bekämpfen. Selbst in den Ländern, die bisher am Freihandel festgehalten haben, sind protektionistische Tendenzen erstarkt.“

Die Industrien, die sich auf dem inneren Markt hinter Schutzzöllen verschänken, oder die besondere Exportprämien genießen, werfen ihre Produkte, die sie bei den durch die Zölle garantierten hohen Preisen auf dem inneren Markt nicht absetzen können, zu Schleuderpreisen auf den Weltmarkt. Durch das massenhafte Dumping, so führt die Desorganisation des Weltmarktes durch die Dumpingpreise zu neuen Bestrebungen nach erhöhten Zöllen.

Alle diese Erscheinungen haben bisher schon die internationale Wirtschaftskrise empfindlich verschärft. Wenn die Zölle immer mehr erhöht werden und wenn auch die Länder, die bisher noch am Freihandel festgehalten haben, in den Wettkampf der Zölle hineingezogen werden, so wird die Lage der Weltwirtschaft noch weiter verschlechtert werden.

Angesichts dieser Gefahr sind organisierte internationale Anstrengungen zur Bekämpfung des existenzbedrohenden Protektionismus und insbesondere zum Abbau der Zollmauern eine unabwendbare Notwendigkeit.

Die Kommission erklärt daher:

1. Es ist Pflicht der Arbeiterbewegung in allen Ländern, den stärkstmöglichen Druck auf ihre Regierungen auszuüben, damit sie die in Genf abgeschlossene Konvention über den Zollwaffenstillstand unverzüglich ratifizieren.

2. Es ist Pflicht der Arbeiterbewegung in allen Ländern, den stärkstmöglichen Druck auf ihre Regierungen auszuüben, damit sie den Vorschlag der britischen Arbeiterregierung, Konventionen über die Herabsetzung der Zölle für einzelne Warengruppen abzuschließen, aufnehmen und,

„Die Arbeiterbewegung Neuseelands“, so schreibt „The New Zealand Transport Worker“, „muß deshalb ihr Programm entsprechend ergänzen. Angesichts der gegenwärtigen Produktionsweise ist uns mit bloßen Notstandsarbeiten, mit Arbeitslosenunterstützungen und ähnlichen „sozialen Pflichten“ nicht geholfen.“

Unsere erste Pflicht ist die Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 36 Stunden.

Eine solche Maßnahme würde jedem Arbeiter Neuseelands sofort Beschäftigung geben. Daneben kommt in zweiter Linie die Schaffung einer Art Sozialfonds in Betracht, aus dem den alten und arbeitsunfähigen Bürgern sowie jenen, die beim Übergang von einer in die andere Stelle arbeitslos werden, ein anständiger Lohn gesichert wird. Dies muß unser Programm sein. Denn es ist praktisch und fortschrittlich. Die Maschine darf nicht zum Vorteil einiger weniger, sondern sie muß im Dienste aller verwendet werden.“

jobald die Verhandlungen über solche Konventionen beginnen, die Haltung ihrer Regierungen in diesen Verhandlungen wachsam zu beobachten und ihren ganzen Einfluß auszuüben, damit diese Verhandlungen zu positiven Ergebnissen, zu möglichst weitgehender Herabsetzung der Zölle führen.

3. Die internationale Arbeiterbewegung fordert die internationale Zusammenarbeit unter Führung des Völkerbundes und der Internationalen Arbeiterorganisation oder in einer anderen geeigneten Form, mit dem Ziel, an die Stelle des jetzt herrschenden, durch den wirtschaftlichen Nationalismus hervorgerufenen Chaos eine planmäßige Ordnung der Weltwirtschaft zu setzen.“

Die Rolle der Frauen in den deutschen Gewerkschaften

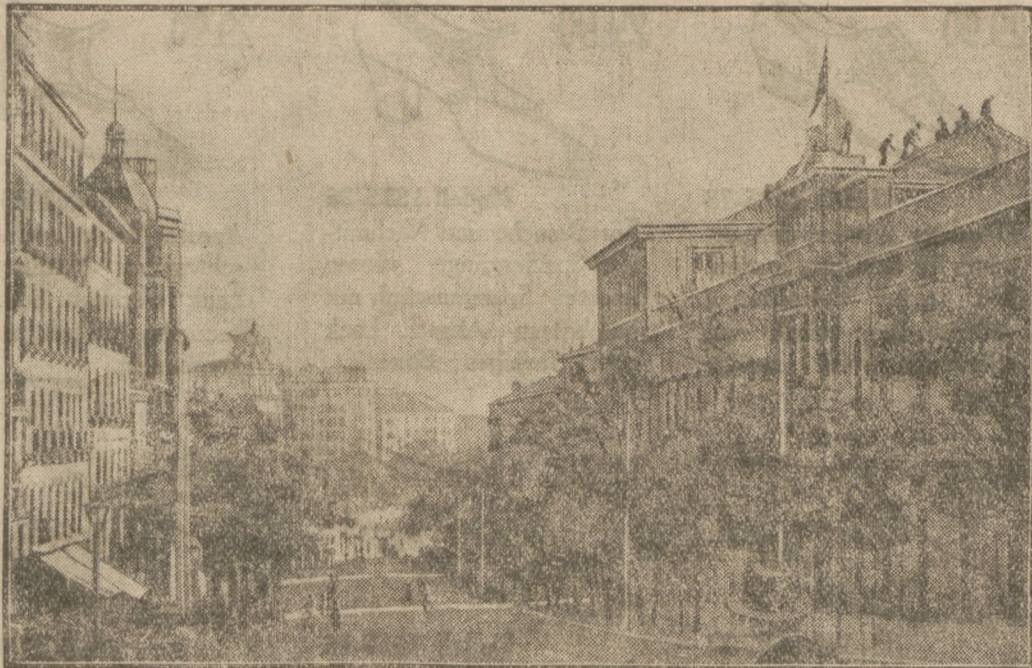
Die „Gewerkschafts-Zeitung“, das Wochenorgan des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (A. D. G. B.), veröffentlicht eine eingehende Studie über den Stand der gewerkschaftlichen Erfassung der Frauen. Es geht daraus hervor, daß in den letzten Jahren ein sichtlich relativer (die Organisationen der Berufe mit wenig Frauennarbeit sind härter gewachsen) Rückgang der weiblichen Mitgliedschaft festzustellen ist: 1294 = 19 Prozent; 1925 = 17,2 Prozent; 1926 = 16 Prozent; 1927 = 15,4 Prozent; 1928 = 15,2 Prozent; 1929 = 14,5 Prozent. Im Jahre 1929 war jedoch der Rückgang auch ein absoluter: die Gesamtmitgliedschaft des A. D. G. B. ist um über 80 000 gewachsen, wobei die Zahl der weiblichen Mitglieder um über 20 000 gesunken ist. Von den 7 Verbänden, in denen die Frauen, sei es die Mehrheit (Tabakarbeiter, Buchbinder, graphische Hilfsarbeiter, Futarbeiter, Textilarbeiter), sei es nahezu die Hälfte der Mitglieder bilden (Bekleidungsarbeiter, Schuhmacher), haben nur drei (Tabakarbeiter, Buchbinder, Schuhmacher) die ihnen eigene günstige Entwicklung der letzten Jahre fortgesetzt.

Fragt man nach den Ursachen dieser Entwicklung, so kann festgestellt werden, daß, abgesehen von den durch technische Umstellungen bedingten Schwankungen in der Beschäftigung von Arbeiterinnen (wobei vermehrte und verminderte Frauennarbeit in Betracht kommen), alle Kräfte auf dem Arbeitsmarkt stärker auf die weibliche Mitgliedschaft drücken. Alle Aktionen der Unternehmer, wie überhaupt alle Bedrücknisse der Arbeiterschaft, wirken sich viel nachhaltiger im weiblichen als im männlichen Mitgliederstand aus, weil die Frauen viel stärker die Bindungen zur Gewerkschaft von Augenbläserfolgen abhängig machen als die Männer.

Die „Gewerkschafts-Zeitung“ zieht nach zahlreichen Feststellungen für einzelne Berufe, die beim jetzigen Stand der Statistik auf diesem Gebiete noch kein genaues Bild der Ursachen und Wirkungen geben können, nachstehende Schlüsselfolgerung: „Mögen die Verhältnisse in verschiedenen Verbänden sich stark voneinander unterscheiden, das eine scheint für alle Verbände zu gelten: Die Frauen nehmen, rein zahlenmäßig betrachtet, in der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft nicht die Stellung ein, die ihrem Anteil an der Lohnarbeit entspricht. Und vor allem, selbst soweit sie organisiert sind, nehmen sie bei weitem nicht ihrer zahlenmäßigen Stärke in der Verbandsmitgliedschaft entsprechend an dem Innenleben der Gewerkschaften teil. Die Verbände sind jedoch in den letzten Jahren immer mehr bestrebt, dem abzuhelfen, d. h. die weiblichen Mitglieder gewerkschaftlich zu schulen und sie zu einer aktiven Teilnahme an der Bewegung, insbesondere zur Ausübung von Ehrenämtern, heranzuziehen.“

Bestrebungen zur Gründung eines Nationalen Wirtschaftsrates in den USA.

La Follette hat im amerikanischen Senat einen Gesetzentwurf über die Gründung eines „Nationalen Wirtschaftsrates“ unterbreitet. Diese Körperschaft soll sich aus 15 Mitgliedern zusammensetzen. Die einzelnen Interessengruppen der nationalen Wirtschaft würden so vertreten sein, daß nur 3 Delegierte der Arbeiterschaft in Frage kämen. Ferner würden dem Rat 3 Mitglieder der Landwirtschaft angehören. Die restlichen Vertreter entfallen auf die Finanz, die Industrie und das Transportwesen. Die Mitglieder sollen vom Präsidenten der U. S. A. ernannt werden, und zwar auf Grund von Listen, die ihm von den Organisationen der verschiedenen Gruppen unterbreitet werden. Das Arbeitsgebiet und die Befugnisse des Wirtschaftsrates werden in dem Gesetzentwurf wie folgt umgrenzt: 1. Fortlaufende Prüfung der Wirtschafts- und Geschäftslage. 2. Prüfung von Problemen, die die allgemeine Wirtschaftslage betreffen. 3. Ausarbeitung von Vorschlägen, die sich aus diesen Studien ergeben. 4. Unterbreitung eines jährlichen Berichtes mit Empfehlungen an den Präsidenten und das Parlament. 5. Gelegentliche Unterbreitung von Be-



4000 Schüsse um eine rote Flagge

Das Gebäude der Medizinischen Fakultät (rechts) in Madrid, auf dem die jederzeit unruhigen Studenten am 25. März die rote Flagge hielten, um sodann auf anrückende Polizei und Zivilgarde das Feuer zu eröffnen. Erst nachdem aus Gewehren und Maschinengewehren 4000 Schuß gefallen waren, nachdem die Studenten mehrere Tote und eine Reihe von Verletzten verloren hatten, wurde eine Art Waffenstillstand geschlossen.

